
Forderungen an die Stadt Heidelberg

Ambitionierter Klimaschutz muss sowohl sozial als auch ökologisch gerecht umgesetzt werden. Deshalb fordern wir bis Ende 2020 klare Zeitangaben für alle 30 Punkte des Klimaschutzaktionsplans sowie den Beschluss folgender Maßnahmen:

1 Einrichtung eines Zukunftsbeirats mit unter-25-jährigen aus jedem Stadtteil und drei Expert:innen

- Dieser soll auf der Basis von Treibhausgas-Emissionsberechnungen zu den Entscheidungen des Gemeinderats Stellung beziehen.
- Zu allen Entscheidungen, die mehr Treibhausgase ausstoßen als einsparen, hat das Gremium ein konstruktives Vetorecht.

Aufgrund der weit fortgeschrittenen Klimakrise haben alle jetzt gefällten Entscheidungen Einfluss auf die Erderhitzung bis Ende des Jahrhunderts und somit direkt auf die Lebensrealitäten der von der Klimakrise betroffenen Menschen. Als Repräsentation dieser Stimmen in der Entscheidungsfindung soll ein Zukunftsbeirat mit Vertretungen aus allen Stadtteil eingerichtet werden. Damit dieses Gremium effektiv arbeiten kann, werden ihm drei wissenschaftliche Expert:innen zur Seite gestellt. Laut KSAP soll zu allen Entscheidungen eine Emissionsbilanz aufgestellt werden. Entscheidungen des Gemeinderats werden an den Zukunftsbeirat gegeben. Dieser nimmt dazu Stellung und hat, wenn mehr THG-Emissionen verursacht als eingespart werden, ein konstruktives Vetorecht. Dadurch sollen Fehlentscheidungen auf Kosten zukünftiger Generationen verhindert und die Möglichkeit für bessere Lösungen geschaffen werden.

2 Massiver Ausbau der ÖPNV- und Rad-Infrastruktur bis 2025

- Ausbau einer schnelleren und sicheren Anbindung aller Stadtteile, insbesondere Boxberg und Emmertsgrund.
-

-
- Alle Straßen müssen zu fahrradfreundlichen Verkehrswegen werden: Sichere Radwege und Fahrradstraßen mit öffentlichen Pump- und Reparaturstationen sowie sicheren, überdachten Abstellmöglichkeiten.

Der Pendler:innen-Verkehr ist das größte Problem auf den Straßen Heidelbergs. Tägliche Staus und hohe Emissionen entstehen durch den deutschen Rekord, dass 69% aller Beschäftigten in Heidelberg pendeln. Viele Beschäftigte mit Jobticket nutzen dies nicht, da der öffentliche Nahverkehr nicht attraktiv genug ist. Es gibt besonders abends zu wenig Busse nach Emmertsgrund und Boxberg, sodass viele Menschen auf das Auto angewiesen sind oder strukturell vom Stadtleben ausgeschlossen werden.

Heidelberg als Universitätsstadt hat viele Fahrräder, aber sehr wenige wirklich sichere Radwege und kaum Abstellplätze für Fahrräder, während Parkplätze für Autos gefördert werden. Der Ausbau von ÖPNV und Rad-Infrastruktur sorgt für erhöhte Nutzung klimagerechter Verkehrsmittel und entlastet die Innenstadt.

3 Sanierungs- und Geothermie-Offensive

- Die Sanierung von Privatgebäuden und Gebäuden in städtischer Hand liefert große Wärmeeinsparungen und unterstützt insbesondere Mietwohnungen bei der Energiewende. Dazu müssen Anreize sowie ein Sanierungsfahrplan für stadteigene Gebäude, insbesondere die der GGH, verabschiedet werden.
- Die Nutzung der geothermischen Quellen des oberen Rheingrabens wie z.B. in Brühl muss verbindlich festgelegt werden.

Für erneuerbare, vom GKM unabhängige, Wärme im regionalen Wärmenetz, was auch Heidelberg versorgt, braucht es eine regionale Lösung. Deshalb muss umgehend das Potenzial aller erneuerbaren Wärmequellen der Region und insbesondere das Geothermiepotential des oberen Rheingrabens geprüft werden. Frühere Fehlplanungen bei Geothermie-Projekten können heute verhindert werden, weshalb dies die wichtigste Lösung für den zukünftigen Energiebedarf ist.

Das größte Wärme-Einsparungspotential besteht in der Sanierung und Dämmung von Bestandsgebäuden. Die auch finanziellen Potentiale von Sanierungen müssen durch Förderung und Bewerbung für alle Bürger:innen sichtbar werden. Die Kosteneinsparung durch Sanierung von Mietwohnungen ist ein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit. Deshalb dürfen Sanierungen nicht zu Lasten der Mietenden gehen, sondern obliegen der Verantwortung der Vermietenden, wozu die Stadt insbesondere die GGH verpflichten muss.
